



So geht's auch

Man kann sich auf Straßen festkleben und den Verkehr zum Erliegen bringen, um das Klima retten zu wollen, oder sich konkret mit dem Thema beschäftigen. **Lesen Sie bitte auch die Anmerkungen am Ende dieses Beitrages.**



Am Nachmittag des 9. Juni dreht sich alles um die Themen Klimaschutz und Energiesparen. Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte von Berliner Schulen stellen in einem abwechslungsreichen Programm ihre Klima-Aktionen vor. Bei einer Podiumsdiskussion kann Abgeordneten auf den Zahn gefühlt werden. Der Tag der **KlimaVisionen** am Freitag, dem 9. Juni 2023, von 15.00-17.30 Uhr, bietet viele Möglichkeiten zur Vernetzung, die Teilnahme ist kostenfrei. Wer im nächsten Schuljahr dabei sein will, kann sich gleich vor Ort anmelden.

Was ist der beste Weg zu einer Klima-Roadmap für die eigene Schule? Welche kreativen Ideen laufen besonders gut und wo hakt es auch mal? Wie funktioniert der internationale Austausch zwischen Klimaschulen in Griechenland und Berlin? Das sind nur einige Themen beim großen Tag der KlimaVisionen.

Bei einer Podiumsdiskussion mit Berliner Abgeordneten können sich Schülerinnen und Schüler aktiv einbringen und den Politikern auf den Zahn fühlen. Alles unter dem Motto „Wie kann Politik den praktischen

Klimaschutz an Schulen unterstützen?“. Aus dem Berliner Abgeordnetenhaus stellen sich **Turgut Altug** (Grüne), **Danny Freymark** (CDU) und **Linda Vierecke** (SPD) den Fragen der Jugendlichen.

Mehr als die Hälfte der öffentlichen Gebäude sind Schulen, die damit ein entscheidender Faktor bei der Erreichung der Klimaziele des Landes Berlin sind. Seit 2021 haben 40 Berliner Schulen am Projekt KlimaVisionen teilgenommen, das von der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt gefördert wird. Das Projekt wurde im Rahmen des Wettbewerbs „Klimaschutzpartner des Jahres 2022“ ausgezeichnet.

Das **Unabhängige Institut für Umweltfragen UfU e.V.** führt gemeinsam mit Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften im Rahmen des Projekts vor Ort Klima-Checks und Workshops durch, damit spannende Klima- und Umweltaktivitäten in den Schulalltag integriert werden können. Jede Schule entwirft dabei ihren eigenen Weg und individuelle Aktionen. Die Ideen sind vielfältig und reichen vom Energiesparen bei der Beleuchtung bis zu Mobilität, Ernährung, Schulhofbegrünung und ganzen Klima-Aktionstagen.

Das Projekt KlimaVisionen ist gerade um zwei Jahre bis 2025 verlängert worden. Für interessierte Schulen ist die Veranstaltung am 9. Juni 2023 ideal, um sich ein Bild vom Projekt zu machen und mit anderen Schulen in Kontakt zu treten: Gemeinsam voneinander lernen, kooperieren, Zukunftsvisionen schmieden und zeigen, dass es viele Klima-Aktive an Berliner Schulen gibt, die sich für eine bessere Zukunft einsetzen. Die Anmeldung für den Tag der KlimaVisionen ist weiterhin kostenfrei online möglich:

<https://www.ufu.de/klimavisionen-abschlussveranstaltung/>

Die Veranstaltung findet im „bUm- Raum für solidarisches Miteinander“, Paul-Lincke-Ufer 21, 10999 Berlin (Nähe U7-Bhf Hermannplatz und U1/U3 Görliitzer Bahnhof) statt. Leiter des Kompetenzzentrum Klimaneutrale Schulen ist der ehemalige SPD-Abgeordnete und Umwelt- und Klimaschutzexperte **Daniel Buchholz**. *Quelle: bUm*

Anmerkungen

Am Dienstagabend fand die rbb-Sendung „Wir müssen reden“ zum Thema „Streit ums Auto - Blockieren oder freie Fahrt?“ statt. **Antje Kapek**, die für die Grünen an der Sendung teilnahm, „befürchtet zunehmende Gewalt gegen die Klima-Aktivistinnen der ‚Letzten Generation‘ und warnt vor einer weiteren



*Eskalation durch politische Äußerungen. Es sei zwar gerechtfertigt, dass man sich über politischen Protest aufrege. „Trotz alledem ist die Versammlungsfreiheit ein Grundrecht. Und dann hört man immer: Bei Nötigung hört's auf“, sagte die verkehrspolitische Sprecherin der Berliner Grünen-Fraktion am Dienstag im rbb-Bürgertalk ‚Wir müssen reden‘. **Politiker, die in den Raum stellen, es würde sich bei den Aktionen der ‚Letzten Generation‘ pauschal um Nötigung handeln, seien ihres ‚Erachtens nach Brandstifter‘.**“*

Quelle: tagesschau

Dirk Stettner, Vorsitzender der CDU-Fraktion, der ebenfalls an der Sendung teilnahm, äußerte sich am Tag danach in einer Presseerklärung: *„Grüne und Linke schaden dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, in dem sie Klebe-Blockierer in Schutz nehmen und Kritiker an deren illegalen Aktionen als Brandstifter verunglimpfen. Diese Blockaden sind illegal und gegen die Interessen aller Berlinerinnen und Berliner, speziell der arbeitenden Menschen. Sie sind eben nicht von dem Versammlungsrecht gedeckt. Wer solche Falschbehauptungen aufstellt, eskaliert die Lage, missachtet Gerichtsentscheidungen und streut den Menschen Sand in die Augen.“*

Grüne und Linke lassen Zweifel an ihrem Demokratieverständnis aufkommen, wenn Sie auf diese Weise zu weiteren Straftaten quasi ermuntern, statt sich um Deeskalation zu bemühen. Weder die Klebe-Blockierer noch das Verhalten von Grünen und Linken fördern den Klimaschutz, sondern stören das Gemeinwohl.

Für mehr Klimaschutz hat die Koalition von CDU und SPD ein nie dagewesenes Finanzpaket von bis zu zehn Milliarden Euro eingeplant. Dies ist umso mehr nötig, da sich die abgewählte Grünen-Verkehrssenatorin eben nicht um bessere Bus- und Schienenverbindungen bis an den Stadtrand sowie P&R-Plätze gekümmert hat. Grüne und Linke haben in ihrer Regierungszeit eben viel zu wenig für den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehr in Berlin getan. Diesen werden wir jetzt entschieden vorantreiben.“

Sicherlich ist die „Letzte Generation“ weder eine kriminelle Vereinigung noch eine Terrororganisation. Es sind zweifelsohne aber Straftaten, die die Aktivisten mit Vorsatz begehen. Sie legen mit den vielen Vorfällen nicht nur die Straßen lahm, sondern auch die Justiz, die mit der Bearbeitung der Verfahren nicht hinterherkommt. Demokratie funktioniert nur, wenn sich alle an die Regeln halten. Straßenblockaden stehen nicht im Katalog. Die Blockierer hindern nicht nur Menschen daran, pünktlich zur Arbeit zu kom-

men, sondern nehmen auch billigend in Kauf, dass Krankentransporte nicht rechtzeitig ihr Ziel erreichen, um in Notgeratenen helfen zu können. So wie die selbsternannte „Letzte Generation“ die Umwelt retten will, funktioniert es nicht. Sie sollte sich ein Beispiel an den Schülerinnen und Schülern nehmen, die sich konkret um den Klimaschutz kümmern.

Ed Koch